

Stellungnahme zum Konzept „Wohnen für Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Leipzig“ der Stadtverwaltung vom 08.05.2012

Nachdem auf Antrag von DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen der Stadtrat Leipzig Mitte 2010 die Erarbeitung eines Konzepts für die weitestgehend dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden und Geduldeten forderte, hat die Stadtverwaltung Anfang Mai 2012 einen Entwurf des Konzepts vorgelegt. Im o.g. Antrag wurde verlangt, „neben der prioritären dezentralen Wohnungsunterbringung, die Gemeinschaftsunterbringung als Hausgemeinschaft bis maximal 50 Bewohner“¹ zu schaffen. Gleichzeitig positionierte sich ein im April 2010 konstituiertes Bündnis von namhaften Vereinen, Verbänden, Initiativen und Einzelpersonen, mit vielfältigen Erfahrungen in der Flüchtlingsarbeit, für „ein zentrales, kleines Heim zur Orientierung, um neu ankommenden Asylsuchenden eine Unterkunft zu gewähren.“² Die Dauer des Aufenthalts sollte jedoch von allen Bewohner_innen frei wählbar sein, sowie die Möglichkeit einer eigenen Wohnung für alle gewährleistet sein.

Das Konzept weist im Gegensatz zur jetzigen Situation in einigen Punkten deutliche Verbesserungen auf. An der Forderung der „prioritären dezentralen Unterbringung“, wie sie im Antrag formuliert wurde, und der Position des „Initiativkreis No Heim“ gemessen, der die dezentrale Unterbringung als Möglichkeit für alle Asylsuchenden gegeben sehen will, geht der Entwurf des Konzeptes nicht weit genug. In der Einleitung zum Konzept sehen wir zwar eine der jetzigen Situation der Asylsuchenden entsprechende Situationsbeschreibung. Allerdings ist das Konzept ohne die Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen ausgearbeitet worden, es überwiegen vielmehr wirtschaftliche Überlegungen. Demzufolge sind einige Aspekte des Konzeptes von oben herab an die Betroffenen gerichtet, in denen wir ihre Interessen nicht hinreichend vertreten sehen. Wir werden im Folgenden auf einige Aspekte des Konzeptes näher eingehen.

Größe

Das Ziel der Schaffung von sechs Standorten auf „Wohngruppenbasis“ zeigt zwar eine Tendenz zur Verbesserung der aktuellen Unterbringungsformen. Allerdings stehen die Unterkünf-

¹Antrag Nr. V/A 6 vom 10.12.2009 und Antrag Nr. V/A 7 vom 14.12.2009, 2. Neufassung vom 04.05.2010.

²Bündnispapier für ein menschenwürdiges Wohnen im Asyl.
<http://initiativkreisintegration.blogspot.de/images/Bndnis.pdf>

te in der Weißdornstraße und der Liliensteinstraße der von der Stadtverwaltung angestrebten verbesserten Integration entgegen. Die Standorte Liliensteinstraße mit 220 Plätzen und die geplante Unterkunft in der Weißdornstraße, deren Kapazität im Bedarfsfall von 180 auf bis zu 250 Plätze erhöht werden soll, sowie die geplante Unterkunft in „Systembauweise“ in Paunsdorf sind dafür besonders bezeichnend. Massenunterkünfte sind einem menschenwürdigen Leben unangemessen.

Lage

Auch in den weiteren der geplanten Unterbringungsorte sieht der „Initiativkreis No Heim“ nur unzureichende Verbesserungen gegeben. Zwar ist es zu begrüßen, dass die Stadtverwaltung von ihren 2009 leitenden Richtlinien abgekommen ist und eine Nähe zu Wohngebieten, Kindergärten, Sportplätzen und öffentlichen Leben gewünscht ist, denn das Vorhandensein von sozialer und kultureller Infrastruktur sollte Voraussetzung sein. Dies sehen wir in den geplanten Standorten in Portitz, Pittlerstraße (Wahren) und Bornaische Straße jedoch nur unzureichend gegeben. So ist besonders die geplante Unterkunft „Am langen Teiche“ (Portitz) weitestgehend abgeschieden vom ÖPNV und mit ihrer Nähe zum benachbarten Landkreis (und somit nur 200 Meter bis zur Verletzung der Residenzpflicht) reinste Ironie, wenn die Absicht ein „sozial verträgliches Leben“ und „die Integration von Migrantinnen und Migranten“ zu ermöglichen, dem Konzept zu Grunde liegt.

Wohnraum

Es ist begrüßenswert, dass in der Planung kleinere Heime vorgesehen sind. Jedoch sieht der „Initiativkreis No Heim“ in der von der Stadtverwaltung freiwillig überschrittenen Grenze der Verwaltungsvorschrift zur Mindestwohnfläche keine nennenswerte Verbesserung der jetzigen Wohnsituation von Asylsuchenden und Geduldeten. Auch eine Wohnfläche von 7,5m² ist nach wie vor unzulänglich. Grundsätzlich fordern wir, dass privater Wohnraum, gleich welcher Größe, zur Verfügung stehen muss, um jedem Menschen die Privatsphäre zu sichern. Eine gemeinsame Nutzung eines Wohn-/Schlafraums steht diesem Anspruch entgegen. Daher muss die Zahl der Wohneinheiten in einem Standort mit der Zahl der Bewohner_innen übereinstimmen (in keinem der Standorte scheint uns das gegeben).

Die Organisation in Wohngruppen erscheint uns sympathisch, jedoch sollten die Mitbewohner_innen frei wählbar sein. Für uns ist eine Zuteilung von Menschen in solch eine Wohngruppe ohne die gemeinsame Zustimmung der Bewohner_innen nicht akzeptabel.

Es ist gut, dass allen künftigen Heimbewohner_innen Telefon und Fernseher zur Verfügung stehen soll, möchten aber hinzufügen, dass wir Internet in der heutigen Zeit für ebenso unabdinglich halten und es in das Konzept mit aufgenommen werden sollte.

Soziale Betreuung

Dem Ausbau der sozialen Betreuung blickt der „Initiativkreis No Heim“ positiv entgegen. Speziell das Ziel ausgebildete Fachkräfte für soziale und psychologische Betreuung einzusetzen, deren Kenntnisse über Asylverfahren und Sprachkenntnisse sicherzustellen und Selbsthilfetätigkeiten der Bewohner_innen zu fördern, stellt einen guten Schritt dar, um die Asylsuchenden und Geduldeten in Leipzig zu unterstützen. Eine individuelle soziale und psychologische Betreuung ist sinnvoll und notwendig, jedoch stehen wir der Ballung von Menschen mit vermeintlich „erhöhtem Betreuungsbedarf“ kritisch gegenüber. Dies widerspricht einem integrativen Ansatz. Außerdem ist aus dem Konzept nicht ersichtlich, wer als Person „mit erhöhtem Betreuungsbedarf“ eingestuft wird und von wem. Des Weiteren erscheint es uns nicht sinnvoll, Kriegsflüchtlinge bzw. traumatisierte Flüchtlinge mit Menschen in Substanzabhängigkeit gemeinsam in einer Gemeinschaftsunterkunft unterzubringen, da für beide Gruppen ein stabileres Umfeld hilfreicher auf dem Weg zu einer Veränderung wäre. Gerade für die Bewohner_innen dieser Unterkunft sind die Nähe zum Stadtzentrum und eine tolerante, belebte Umgebung wichtig.

Arbeitsgelegenheiten

Die freiwillige Möglichkeit des zusätzlichen Lohnerwerbs sieht der „Initiativkreis NoHeim“ als eine Basis der gesellschaftlichen Partizipation. Sie sollte sich am Interesse und den Qualifikationen der Asylsuchenden und Geduldeten orientieren. Die Annahme der Stadtverwaltung, einen zusätzlichen Verdienst und eine „sinnvolle Tagesgestaltung“ zu schaffen ist jedoch nicht durch den Einsatz der Bewohner_innen als Ersatz für ausgebildete Arbeitskräfte gegeben. Entgegen der Annahme, dies komme den Betroffenen zugute, indem sie sich zum Taschengeld etwas hinzu verdienen dürfen und gleichzeitig einen strukturierten Tagesablauf erhalten, befinden wir, dass Arbeit nicht Selbstzweck ist, sondern dem Broterwerb dient. Soll den Betroffenen tatsächlich geholfen werden, dann ist es sinnvoller ihnen den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Dies kann nur durch die Abschaffung des Arbeitsverbotes für Asylsuchende erreicht werden. Sich dafür einzusetzen ist die Stadt aufgefordert.

Sicherheit

Dass die Sicherheit für Asylsuchende und Geduldete in Leipzig gegeben ist, sehen wir als essentielle Voraussetzung für eine adäquate Unterbringung. Der Schutz vor physischen Übergriffen ist unabdingbar – auch in Anbetracht der aktuellen teils rassistischen Stimmung einiger Bürger_innen im Wohnumfeld der geplanten Standorte. Ein Sicherheitskonzept darf aber nicht als Vorwand zur Kontrolle und Überwachung der Bewohner_innen genutzt werden. Das bedeutet für uns, dass es wichtig ist, ein gutes Sicherheitskonzept im Sinne der Bewohner_innen zu erarbeiten, welches beinhaltet, dass alle Betroffenen ohne Einschränkung (z.B. durch bestimmte Öffnungszeiten oder Vorzeigen der Ausweispapiere) ein- und ausgehen können sowie uneingeschränkt Besuch empfangen dürfen. In Anbetracht der aktuellen Bürgerproteste gegen die Neuerrichtung von Asylunterkünften, wäre die dezentrale Unterbringung eine echte Alternative, da sie die Zahl der Heime erheblich reduzieren ließe.

Betreiber

Eine Unklarheit gibt es unsere Meinung nach in der Frage der privaten Betreiber: Die Anforderungen an zukünftige Heimbetreiber werden im Konzept nicht aufgeführt. Daher ist es zu vermuten, dass ausschließlich nach finanziellen Kriterien zukünftige Betreiberfirmen ausgewählt werden und die Interessen der Heimbewohner_innen unberücksichtigt bleiben.

Fazit

Wir erkennen an, dass sich das städtische Konzept in eine positive Richtung bezüglich der Unterbringung entwickelt, indem sich der Wille zeigt, auch kleinere Heime zu schaffen. Uns ist klar, dass viele Auflagen von Länderseite bestehen, die begrenzend auf die Möglichkeiten wirken. Dennoch vermissen wir deutliche Schritte in Richtung dezentrale Unterbringung im Konzept. Ein Konzept in unserem Sinne umfasst folgende Prämissen:

- Das Einräumen der Möglichkeit der dezentralen Unterbringung in eigenen Wohnungen für alle Asylsuchenden und Flüchtlinge
- Explizite Positionierung im städtischen Konzept zur weitestgehend dezentralen Unterbringung in eigenen Wohnungen.
- Eintreten der Stadt beim Land Sachsen für eine Lockerung der gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Keine Massenunterkünfte.

- Die Gewährung der Privatsphäre.
- Die Einbeziehung der Asylsuchenden in die städtischen Entscheidungen.
- Information der Asylsuchenden und Flüchtlinge über die Möglichkeit der Antragstellung auf eine eigene Wohnung.
- Transparenz gegenüber Initiativen im Bereich der Flüchtlings- und Migrationsarbeit.

Bei aller Kritik an dem Konzept möchten wir uns ausdrücklich von rassistischen Ressentiments einiger Bürger_innen im Umfeld geplanter Standorte abgrenzen. Uns geht es ausdrücklich darum, jedem Menschen die gleichen Rechte zuzugestehen – dazu zählt auch die Wahl des Wohnortes und der Art der Unterbringung.

Initiativkreis No Heim

Leipzig, 26.06.2012

V.i.S.d.P. Johannes Hecht (initiativkreis_leipzig@gmx.de)